

Erscheint jeden Dienstag in Oppeln O./Schl.  
Bezugspreis  $\frac{1}{4}$  jährlich 1.50 Mk. mit Abtrag 1.62 Mk.  
Insertionspreis: 50 Pf. die siebengespartene Petitzelle.

DER

Geschäftsstelle Oderstr. 6. (Buchhandlung der  
„Gazeta Opoliska“. — Verkauf: Buch- und Papier-  
handlung Karlsruh. 1, Krakauerstr. 41.

WEISSE



ADLER

DER WAHRHEIT DIE EHRE!

## Die Schmarotzerplage.

Pharao liess die Israeliten aus Aegypten nicht fortziehen, weil er sie noch länger unterdrücken und knechten wollte. Da liess es Gott zu, dass das Land Pharaos mit zehn Plagen heimgesucht wurde, wobei eine die andere an Härte übertraf. Schliesslich liess Gott das Land durch Heuschrecken und Schmarotzer plagen, die alle Erdenfrucht vernichteten. Die Israeliten sind aber dennoch aus Aegypten fortgezogen und kamen glücklich in das gelobte Land. So berichtet die hl. Schrift, im alten Testament.

Diese Vorgänge wiederholten sich wieder im neuen Testament in unserem Jahrhundert.

Oberschlesien und sein Volk ist jahrhundertlang unter der willkürlichen brutalen Herrschaft des neuen Pharaos, des deutschen Michels gewesen. Das polnische Volk war ihm nur zum Arbeiten und zum Aussaugen gut genug. Das polnische Oberschlesien gab ihm die melkende Kuh ab. Gar oft hat man gehört, dass Oberschlesien für den deutschen Pharao die teuerste und beste Perle in der Krone sei.

Nun hat sich Oberschlesien auf seine Rechte besonnen und entschlossen die Zuteilung Oberschlesiens dem rechtmässigen Eigentümer, dem polnischen Staate — unserem gelobten Lande, mit Hab und Gut, mit Land und Volk verlangt.

Dieser Ruf des ober-schlesischen Volkes stiess bei dem zornigen, deutschen Pharao auf den grössten Widerstand.

Und er nimmt jetzt selbst die Rolle Jehovas in die Hand, um das Volk Oberschlesiens mit empfindlichen Plagen heimzusuchen.

Nacheinander folgen Belagerungszustand, Grenzschutzrevisionen, Zeitungsverbote, Verhaftungen u. Unterdrückungen polnischer Mitbürger. Dies alles sind die Zutaten zu den Ausnahmegesetzen der reaktionären Regierung.

Weiter wird unser Land mit allen möglichen Heuschrecken, wie „Schwarzer Adler“, „Dzwon“, „Gägen“, „Helfer“ u. s. w. geplagt und weil der gesunde Geist des Volkes durch diese Insekten nicht vergiftet und getötet werden kann, ist man jetzt in der „Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“ auf einen neuen Gedanken gekommen, um unser Volk zu verdummen.

In vielen Dörfern kann man Männern begegnen, die zerlumpt umhergehen und hier und da um Arbeit anfragen. Sie geben sich als polnische Arbeiter von Czenstochau, Sosnowice oder Bendzin aus. Die polnischen Verhältnisse kennen sie aus dem ff.! Natürlich wissen sie dann die schwärzesten Zustände von Polen zu schildern — dort ist keine Arbeit, keine Nahrung — dafür viel Schmutz, Elend und vor allem herrschen dort grässliche „Seuchen“. Hunderttausende Arbeitslose warten dort auf die Übernahme Oberschlesiens und wollen gleich herkommen und für 2 Mark bis 2.50 M pro Tag hier arbeiten. Darum ja nicht zu Polen wollen! Und noch etliche solche Phrasen, die man in den Flugblättern der „Freien Vereinigung“ lesen kann.

Welch' lächerliche Gedankenlosigkeit!

Also polnische Arbeiter sollen sich hier herumtreiben, obwohl die polnische Grenze vollständig gesperrt ist. Das ist recht verdächtig!

Wenn man aber solche polnischen Arbeiter (?) einmal über die näheren Verhältnisse Polens, über die Nachbarortschaften jener Städte, aus denen sie geflüchtet sein wollen und über die Firmen, bei denen sie dort keine Arbeit gefunden haben wollen, ausfragt, so kann man von diesen polnischen Arbeitern gar keine Antwort bekommen, weil es feststeht, dass sie in Polen überhaupt nicht gewesen sind. Die einzige richtige Antwort, die bei einer solchen Untersuchung der polnischen Arbeiter als wirklich festgestellt gilt, ist der Auftrag der „Freien Vereinigung“.

Welch eine Blamage! Um das Volk aufzuheizen und zu ängstigen verkleidet man „Agitatoren“, welche sich zur Aufgabe machen, für Geld die dümmsten Phrasen in den ober-schlesischen Dörfern auszustreuen. Alle anderen Mittel haben versagt, darum muss man zur systematischen Lügenpropaganda greifen, um Oberschlesien für Deutschland zu retten. Fürwahr diese feigen, arbeitsscheuen und verloggenen Landstreicher der „Freien Vereinigung“ sind die schlimmsten Schmarotzer Oberschlesiens. Den Beifall für diesen Erfolg darf die „Freie Vereinigung“ ernten.

Aber um Gotteswillen das sind keine Lügen, das ist deutscher Mannesmut und Patriotismus!

Lügen und Lügenreserven haben doch bloss die Polen!

Vielleicht erleben wir noch das Wunder, dass eines schönen Tages sämtliche Vogelscheuchen auf den ober-schlesischen Feldern gegen die Losreissung Oberschlesiens oder Teile davon vom deutschen Staate energischen, ja flammenden Protest erheben. Hoffentlich inszeniert die „Freie Vereinigung“ einen in Entrüstung begründeten Umzug ober-schlesischer Vogelscheuchen! Ein solcher Protest würde sicherlich viel helfen!

Wir aber werden unbekümmert um Proteste u. Plagen des deutschen Pharaos ins gelobte Land unter die polnische Herrschaft einziehen.

Michael.

## Das Los der Arbeiter im neuen Deutschland.

In diesen Tagen sieht man an allen Strassenecken und Litfassäulen einen jener Bilderbogen, die auf die Täuschung der ober-schlesischen Arbeiter berechnet sind. Es ist dort eine Gruppe von Menschen dargestellt und die Erklärung dabei geschrieben: „So sehen die polnischen Auswanderer aus und so werdet auch ihr aussehen, wenn Schlesien zu Polen kommt. Oberschlesier bleibt also beim neuen Deutschland.“ Dem Urheber dieser Worte und des Bilderbogens ist offenbar ein bewusster Irrtum unterlaufen, denn zutreffend hätte er schreiben sollen: „Oberschlesier, so werdet ihr aussehen, wenn Oberschlesien bei Deutschland bleibt.“ Ist doch wiederholt von antlicher deutscher Seite erklärt worden, dass nach dem verlorenen Kriege und dem Friedensvertrage mindestens 15 bis 20 Millionen Menschen in Deutschland zu viel sein werden, die hier weder Arbeit noch Brot werden finden können, die somit entweder auswandern oder Hungers werden sterben müssen. Dieselben Feststellungen hat auch die deutsche Liga für den Völkerbund gemacht. Sie hat eine Umfrage bei führenden deutschen Männern über den Friedensvertrag gemacht. Ueber das Los der Arbeiter im neuen Deutschland speziell hat sich der Reichspostminister Johann Giesberts geäussert, der es vom einfachen Arbeiter bis zum Minister gebracht hat u. daher für diese Frage sehr zuständig ist. Ueber die Zukunft des Arbeiters in Deutschland sagt er u. a. folgendes:

„Der Friedensvertrag an sich bedeutet für die deutschen Arbeiter die dunkelste Zukunft. Die Wegnahme unserer Kohlen und Erze vernichtet unsere Grossindustrie und liefert unsere Maschinen- und Fertigungsindustrie der Willkür der englischen und amerikanischen Grosseisenindustrie aus. Unsere Fertigungsindustrie muss deshalb entweder konkurrenzfähig werden gegenüber dem schrankenlosen Wettbewerb des Auslandsimportes oder zu Hungerlöhnen arbeiten.“

Die Handelsflotte wird Deutschland vollständig abgenommen und damit die Arbeitslosigkeit von mehr als 100 000 deutsch. Seeleuten bewirkt. Mit der Ausschaltung des deutschen Handels werden aber Millionen von Angestellten und Arbeitern brotlos, die in diesem Zweige vor dem Kriege tätig waren. Man nimmt uns 30% aller Maschinen. Wie die Industrie arbeiten soll, wenn man ihr die besten Maschinen wegnimmt und wie sie ihre Arbeiter beschäftigen soll, ist eine der Fragen, über die die Entente sich anscheinend keine Kopfschmerzen gemacht hat. Ebenso schwer drücken die finanziellen Verpflichtungen. Alle finanziellen Leistungen stellen Arbeitswerte dar, die von deutschen Arbeitern geschaffen werden müssen. Die finanziellen Verpflichtungen drücken auf die Löhne und Arbeitszeiten. Damit Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, werden ihm unerträgliche Kontrollkommissionen aufgedrängt, welche die deutsche Regierung und deren Verwaltungsapparat nur zur Ausführungsinstanz der Entente-kommissionen machen oder, brutal gesagt, zu Sklavenvögten der deutschen Arbeiter erniedrigen.

Die Wirkungen dieses Friedensvertrages sind deshalb für den deutschen Arbeiter furchtbar. Sie bringen

1. eine Verschlechterung und Herab-

drückung seiner ganzen Lebenshaltung durch den Druck auf die Löhne und die Verteuerung der Produkte.

2. Sie führen naturgemäss zu langen Arbeitszeiten. Der Achtstundentag wird nicht zu halten sein.

3. Not und Elend wird die Frauen- und Kinderarbeit und die Heimarbeit in ungeheurer Masse begünstigen.

4. Die soziale Versicherung, die Deutschland mustergültig ausgebaut hat, wird kaum zu halten sein. Insbesondere die Mutterschaftsversicherung und die Arbeitslosenversicherung, diese neuen Zweige der sozialen Versicherung, welche durch den Krieg geschaffen sind, werden zusammenbrechen, weil weder Unternehmer noch Arbeiter die Geldmittel dazu aufbringen können.

5. Die Gewerbeaufsicht wird infolge der Knappheit aller Finanzmittel im Staatshaushalt nicht den Ausbau erfahren können, wie es dringend erforderlich ist.

Das würden die unerbittlichen Folgen dieses Friedensvertrages für die deutschen Arbeiter sein. **Taberkulose, Berufskrankheiten, Entkräftung und Hunger würden die deutschen Arbeiter zu Hunderttausenden sterben lassen.** Da die Entente für die deutschen Arbeiter keine Freizügigkeit anerkennt, so ist es ihnen sogar nicht möglich, andere Arbeitsplätze aufzusuchen.“

Diese kurze Schilderung des Reichspostministers Giesberts, eines früheren Arbeiters und Arbeiterführers, zeichnet in klaren Farben die Zukunft des Arbeiters im neuen Deutschland. Arbeitslosigkeit, Hungerlöhne, lange Arbeitszeiten, Zusammenbruch der sozialen Arbeiterversicherung, Hunger und Krankheit und endlich eine durch die Entente rationierte Auswanderung in fremde Länder, das ist die Zukunft des Arbeiters in Deutschland, u. in erster Reihe diejenige des ober-schlesischen Arbeiters, wenn Oberschlesien bei Deutschland bleiben würde. Denn gerade der ober-schlesische Arbeiter wurde immer durch fremde, eingewanderte Industrieherrn nur als ein williges Ausbeutungsobjekt behandelt, hatte die längste Arbeitszeit und die niedrigsten Löhne gehabt, dann haben die Industriegehaltigen daraus flugs eine „grosspolnische“ Bewegung gemacht, weil es sich vorwiegend um polnische Arbeiter handelte, ihre wirtschaftlichen Bestrebungen wurden mit Hilfe der Polizei niedergedrückt und die ober-schlesischen Arbeiter mussten weiter ihre Sklavendienste den fremden Einwanderern leisten, wobei viele ihrer Arbeitskollegen als Opfer der Rache der Industrieherrn mit ihren Familien auf der Strasse bleiben mussten.

Genau dieselben Verhältnisse würden eintreten, wenn Oberschlesien bei Deutschland bleiben würde und wenn in Deutschland die Notwendigkeit sich herausstellt, wegen Arbeitsmangels Arbeiter zu entlassen und sie ins Ausland abzuschicken. Sicher würden dann die ober-schlesischen Arbeiter zuerst an die Reihe kommen, während ihre Stellen arbeitslose Arbeiter aus dem Inneren Deutschlands einnehmen würden.

Anders steht es in Polen. Dieses Land ist bisher von den Fremdherrschern vernachlässigt und durch die deutsche Militär- und Zivilverwaltung ausgezogen worden, es hat aber grosse, unberührte Naturschätze und daher einen weitgehenden Kredit im Ausland. Die neue polnische Regierung kann daher jetzt frisch an die Arbeit gehen, das Land aufbauen und damit den Arbeitern gute Arbeit und reichlichen Verdienst bieten, zumal jedes Kapital, das dort angelegt wird, werben des Kapital sein wird, während Deutschland ganze Generationen hindurch vorwiegend nur für die Kriegslasten und Kriegsschädigungen wird arbeiten müssen, die Bevölkerung daher nichts davon haben wird. Was zeigt die Kreditfähigkeit beider Länder schon jetzt. Während Deutschland jedes Gramm Lebensmittel, das es vom Ausland bezieht, auf Heller und Pfennig erst bezahlen muss, bevor es etwas bekommt, erhält Polen grosse Lebensmittelmengen ohne sofortige Bezahlung, weil die Ausländer wohl wissen, dass Polen ein Land von unbeschränkter Entwicklungsmöglichkeit ist, während Deutschland vor dem Staatsbankrott steht. Ein bankrotter Staat kann aber dem Arbeiter nichts bieten und das hat der Reichsminister Giesberts klar zum Ausdruck gebracht! Die Bauernfängerei derjenigen Kreise, die dem ober-schlesischen Arbeiter bisher nur

als Sklavenhalter gegenübertraten, kann daran nichts ändern. Aus diesem Grunde ist auch den deutschen Arbeiterführern in Oberschlesien nicht zu trauen, die jetzt mit den gleich ihnen eingewanderten Industrieherrn gemeinsame Sache machen u. die deshalb die oberschlesischen Arbeiter nur als Steuerzahler für Deutschland haben möchten. Das Los der oberschlesischen Arbeiter ist ihnen im übrigen gleichgültig und sie werden schleunigst verschwinden, wenn Oberschlesien zu Polen kommt. Die Koffer haben sie zum Teil schon jetzt gepackt und sich Gelder gesichert.

## Die oberschlesische Frage.

Die Denkschrift der Entente in den Antwortdokumenten, von welchen die Deutschen erhofften, dass dieselben nicht nur wesentliche Änderungen für die Entschädigungen etc., sondern auch auf territoriale Gebiete enthalten würden, hat das „alldutsche“ Volk am meisten enttäuscht. Im zweiten Stück der Antwortdokumente wird der oberschlesischen Frage ziemlich viel Raum gewidmet, doch haben die deutschen Zeitungen die genauen Bedingungen bisher nicht veröffentlicht, da dieselben nicht nach dem Wunsche der Hakatisten, auch nicht der „Freien Vereinigung“ ausgefallen sind, sondern nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, für welche bei der gewohnten Devise Preussens „Macht vor Recht“ niemals Raum gewesen ist. Die Freie Vereinigung der Hakatisten zählte zu ihren Mitgliedern eine Menge „Unfreiwilliger“, deren Unterschriften durch den Zwang der Verhältnisse in den Arbeitsbetrieben unterstützt, erpresst wurden. Die „Vereinigung“ glaubte durch die Sammlung der Unterschriften, ebenso durch die „Schwindelproteste“ Einfluss auf die Entente zu gewinnen, nun liegt das Kartenhaus, von dem Windhauch der Antwort aus Versailles umgeweht, am Boden. Wenn auch wieder die altbewährten Arbeiter der „Freien Vereinigung“, Landrichter, Doktoren, Regierungsräte, Handelskammersyndikuse usw. schleunigst herbeieilen, auch das entlassene Personal von neuem eingestellt wurde, damit alle an der Aufrichtung des Gebäudes mithelfen sollten, es bleibt doch nur ein Kartenhaus, welches mit der Besetzung Oberschlesiens durch die Truppen der Entente für immer zusammenfällt und alle Mitglieder unter sich begräbt. Der frühere Staatskommissar für Oberschlesien, Hörning, sagte einst zu jemandem, der geschäftlich dort zu tun hatte, „wir wünschen keine Abstimmung in Oberschlesien und wenn die Entente dennoch darauf bestehen sollte, werden wir fordern, dass auch in Elsass-Lothringen abgestimmt werden muss“. Die Besiegten fordern! Welch eine Ueberhebung!

Die Entente hat auch auf das Gebahren der Preussen die richtige Antwort gegeben, wie sich unsere geschätzten Leser aus den Auszügen der Antwort, die wir hier beifügen, überzeugen können.

In der Denkschrift der Entente, dem zweiten Stück der Antwortdokumente, werden über Oberschlesien und Polen nachstehende Ausführungen gemacht:

### Oberschlesien.

Ein grosser Teil der deutschen Antwort ist der oberschlesischen Frage gewidmet. Es wird zugegeben, dass dieses Problem sich von dem Posener und dem Westpreussischen unterscheidet und zwar deswegen, weil Oberschlesien zu der Zeit, als Polen geteilt wurde, nicht diesem Staate angehörte. Man kann der Auffassung sein, dass Polen keine rechtlichen Ansprüche auf die Abtretung Oberschlesiens hat, aber feierlich muss erklärt werden, dass die Behauptung, es hätte keine Rechte darauf, die durch die Prinzipien des Präsidenten Wilson gestützt würden, nicht der Wahrheit entspricht. In den Bezirken, deren Abtretung in Frage steht, ist die Mehrheit der Bevölkerung unbestreitbar polnisch. Alle deutschen Spezialwerke, alle Schulbücher lehren die deutschen Kinder, dass die Bevölkerung nach Ursprung und Sprache polnisch ist. Die alliierten und assoziierten Mächte hätten vollkommen die Grundsätze verletzt, zu denen die deutsche Regierung sich selbst bekannt hat, wenn sie nicht den Rechten der Polen auf eigenes Gebiet Rechnung getragen hätten. Die deutsche Regierung indessen bestreitet jetzt diese Schlussfolgerungen. Sie weigert sich die polnischen Bestrebungen der Bewohner anzuerkennen. Sie behauptet, dass die Trennung des Gebietes von Deutschland weder dem Wunsch noch den Interessen der Bevölkerung entspricht. Unter diesen Bedingungen sind die alliierten und assoziierten Mächte geneigt, die Entscheidung der Frage denjenigen zu überlassen, die besonders davon betroffen werden. Sie haben demnach beschlossen, dass das Gebiet nicht unmittelbar an Polen abgetreten werden soll, sondern dass Massnahmen getroffen werden, um dort ein Plebiszit stattfinden zu lassen. Sie wären glücklich gewesen, hätten sie dieses Plebiszit vermeiden können, denn die Massregel wird erst nach Verlauf einer beträchtlichen Zeit vorgenommen werden können. Sie wird zeitweilige Okkupation des Gebietes durch fremde Truppen notwendig machen. Um die volle Freiheit der Abstimmung zu sichern, wird die Schaffung einer unabhängigen Kommission mit der Aufgabe, das Gebiet während der dem Plebiszit vorangehenden Zeit zu verwalten, erforderlich sein.

Aber die alliierten und assoziierten Mächte haben sich es besonders angelegen sein lassen, den Deutschen, die an Polen abgetreten werden sollen, ebenso wie allen anderen in Religion und Sprache sich ergebenden Minderheiten ernsthaften Schutz angedeihen zu lassen. Eine Klausel sichert ihnen Religionsfreiheit und das Recht des Gebrauchs ihrer Sprache und auch das Recht, ihre Kinder in ihrer eigenen Sprache unterrichten zu lassen. Sie werden keinerlei Verfolgung kennen, wie sie die Polen seitens der preussischen Regierung zu erdulden hatten.

### Polen.

Bei der Behandlung des Problems der deutschen Ostgrenzen sind zwei Grundprinzipien festgestellt worden: Das erste ist, dass die alliierten und assoziierten Mächte sich in besonderem Masse als verpflichtet erachteten, den von ihnen errungenen Sieg dazu zu benutzen, um der polnischen Nation die Unabhängigkeit wiederzugeben, deren sie vor mehr als einem Jahrhundert beraubt worden ist. Ueberhaupt war dies eine der grössten Ungerechtigkeiten, welche die Geschichte verzeichnet, ein Verbrechen, das für lange Zeit das politische Leben eines grossen Teiles des europäischen Kontinents beeinträchtigt hat. Die Besitznahme der Westprovinzen Polens ist aber für Preussen eines der Mittel gewesen, durch die es seine militärische Macht ausgebaut hat. Die erste Pflicht der Alliierten ist die Wiedergutmachung dieses Unrechtes. Jetzt, nachdem der Sieg errungen ist, ist dies möglich. Die Wiederherstellung des polnischen Staates war bereits von der russischen Regierung versprochen worden. Ihre Verwirklichung ist durch den Zusammenbruch der Zentralmächte gesichert. Das zweite Grundprinzip, dass die alliierten und assoziierten Mächte aufgestellt haben, läuft dahin, dem wiederhergestellten Polen diejenigen Gebiete wiederzugeben, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind. Das sind die Grundsätze, die die Alliierten bei der Festlegung der östlichen Grenzen geleitet haben.

Die „Ostdeutsche Morgenpost“ vom 23. Juni schreibt über die Bedingungen für Oberschlesien folgendes:

Für die vorläufige Verwaltung Oberschlesiens nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages sind unabhängige Kommissionen ernannt, die aus Vertretern der 4 feindl. Grossmächte gebildet sein müssen. Deutschland ist in diesen Kommissionen nicht vertreten. Die Okkupationsarmee besteht aus Truppen der alliierten und assoziierten Mächte. Diese Bestimmung ist so gefasst, dass sie auch die **Keranziehung der polnischen Truppen** erlauben wird. Die Vollmachten der Kommissionen sind fest umgrenzt. Die Kompetenzen werden von ihr selbst bestimmt. Namentlich ist den Kommissionen das Recht gesichert, die **Bedingungen und Formen für die Volksabstimmung** festzusetzen, das Recht, deutsche Behörden aufzulösen, desgleichen militärische und halb-militärische Vereine aufzulösen. Sonach würden diese alliierten Kommissionen das Recht haben, nicht nur die Kriegervereine aufzulösen, sondern auch alle anderen Vereinigungen, wie beispielsweise die Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens und den Bund der Oberschlesier, sowie alle Körperschaften, die sich mit dem Schutze des Deutschtums und der Heimat befassen.

Die Kommissionen haben ferner das Recht, **Deutsche aus Oberschlesien auszuweisen**. Dieses Recht erstreckt sich besonders auf alle Führer der deutschen Agitation. Jeder Terror in der Zensur, in der Presse und Versammlungsfreiheit ist nach den Vollmachten der Kommissionen denkbar.

Die Kommissionen treten ihr Amt **14 Tage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages an**. Die Volksabstimmung soll frühestens in 6 Monaten, spätestens in 18 Monaten stattfinden. Diese Bestimmung ermöglicht es der Entente, die Volksabstimmung zu einer Zeit vorzunehmen, die am günstigsten erscheint.

Der Artikel 297 b des Friedensvertrages ist in dem korrigierten Friedensvertrag zu Gunsten Oberschlesiens geändert worden, insofern er auf die abgetrennten östlichen Gebiete keine Anwendung findet. Dieser Artikel handelt von der Liquidation der deutschen Vermögen.

Wir erfahren ferner von unserem Gewährsmann mit ziemlicher Sicherheit, dass die **Hallersche Armee die Besetzung Oberschlesiens übernimmt**.

Telefonisch. Montag den 23. Juni 1/8 Uhr. Die **Nationalversammlung hat heute gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sowie der Deutschnationalen Volkspartei und eines Teiles des Zentrums mit den Demokraten die Auffassung für zutreffend erklärt, dass die Regierung nach wie vor ermächtigt bleibt, den Frieden zu unterzeichnen**.

## Der oberschlesische Klerus und die Loyalität.

Wie wird sich der oberschlesische Klerus dem polnischen Staate gegenüber verhalten, wenn Oberschlesien Polen angegliedert werden sollte?

Auf die Frage kann es nur eine Antwort geben: Der katholische Klerus Oberschlesiens wird sich

dem polnischen Staate gegenüber genau so verhalten, wie er sich dem preussischen Staate verhalten hat, d. h. er wird loyal sein.

Nach katholischer Anschauung ist der Staat eine in der Natur des Menschen begründete, darauf gottgewollte Einrichtung. Der Staat ist ein ethischer Begriff, weil er eine vollkommene Gesellschaft bildet, darum Träger von Rechten und Pflichten ist. Daher ist für den Katholiken die Treue gegen den Staat eine sittliche Pflicht. Sie ist absolut, d. h. unabhängig von dem Interesse der eigenen Nationalität. Der Bürger ist dem Staate nicht nur Legalität, d. h. ein gesetzliches, äusseres Verhalten, sondern auch die innere Gesinnung, den Gehorsam und des Gewissens willen schuldig. Das Herz dagegen, die affektive Liebe, kann der Staat von seinen Bürgern nicht ohne weiteres verlangen. Er muss sich vielmehr das Herz seiner Bürger durch eine gerechte u. wohlwollende Behandlung derselben verdienen.

Das Gewissen der Bürger bildet somit das sicherste Fundament des Staates. Die polizeilichen Machtmittel sind gewiss auch notwendig, aber sie können das Gewissen nicht ersetzen.

Die sittliche Kultur, die Pflege des Gewissens ist die vornehmste Aufgabe der katholischen Kirche. Staat und Kirche haben gegenseitig Rechte und Pflichten. So hat der Staat die Pflicht, die Kirche zu beschützen und ihr bei der Durchführung ihrer äusseren Organisation behilflich zu sein. Dafür hat der Staat ein Recht auf die sittlichen Kräfte der Kirche und einen gerechten Anspruch auf die Hilfe ihrer Organe, wenn das Vaterland in innere oder äussere Bedrängnis gerät.

Die sittlichen Pflichten der Katholiken dem Staate gegenüber werden durch die Form der staatlichen Verfassung nicht berührt, denn die Katholiken sind ebenso der Republik, wie der Monarchie gegenüber zur Treue verpflichtet.

In diesen Grundsätzen ist der oberschlesische Klerus erzo-gen. Diese Grundsätze haben das Verhalten des Klerus dem preussischen Staate gegenüber im Frieden wie im Kriege bestimmt.

Nun haben diese Grundsätze und sittlichen Pflichten eine allgemeine, überstaatliche und über-nationale Geltung. Sie werden ebenso in Polen verbindlich sein, wie sie in Preussen verbindlich waren.

Daher wird der oberschlesische Klerus bei einer staatlichen Veränderung seine staats-treue Gesinnung nicht ablegen, sondern dieselbe auf das neue Vaterland übertragen. Der oberschlesische Klerus wird somit für Polen ein staats-erhaltender Faktor ersten Ranges sein.

Sollten gewisse Kleriker mit hakatistischen Tendenzen die polnische Schwelle überschreiten, dann wird Polen der Gefahr einer Irredenta am besten dadurch begegnen, dass es die Fehler der preussischen Ostmarkenpolitik vermeidet und streng an dem „Stum cuique“ hält, um nicht nur das kalte Gewissen, sondern auch das Herz der deutschen Elemente zu gewinnen. Dann wird dem Klerus auch das bisherige oberschlesische Zentrum folgen.

In Preussen war das Zentrum bestrebt, das polnische Volk mit dem preussischen Staate zu versöhnen. In Polen wird das Zentrum, wenn es seinen christlichen Grundsätzen treu bleibt, bestrebt sein müssen, die deutschen Elemente Oberschlesiens mit dem polnischen Staate auszusöhnen.

Dann wird Oberschlesien dem polnischen Staate eine reiche, sittliche Aussteuer mit sich bringen. Diese Mitgift an sittlichem Kapital wird für den inneren Ausbau des polnischen Staates ebenso wertvoll sein, wie es die reichen Bodenschätze Oberschlesiens für die äussere Machtstellung Polens sein werden.

Tichau, den 18. Juni 1919.

Kapitza, Erzpriester.

## Ostdeutsche Morgenpost.

Unter diesem Titel erscheint seit kurzem eine neue Zeitung in Beuthen O/S., welche aber am Titel den 46. Jahrgang verzeichnet hat. Wie ist dies Geheimnis zu erklären? Es wurde in Beuthen die „Beuthener Zeitung“ durch Unterstützung der regierungsfreundlichen Kreise (wahrscheinlich der monarchistischen), in eine „Ostdeutsche Morgenpost“ umgewandelt, und zwar wurde eine neue Rotationsmaschine aufgestellt und alles für den Grossbetrieb eingerichtet, denn es hiess doch bisher bei den Deutschen, Oberschlesien ist deutsch und muss deutsch bleiben. Wahrscheinlich sollte diese Zeitung im neuen Gewande ein neuer Pfeiler des Ostens werden. Nun ist diese Hoffnung dahin, denn das Deutschtum ist nicht im Stande die Welle aufzuhalten, mit der das oberschlesische Volk Polen zuströmt. Es wird nur noch eine kleine Welle dauern und das Sterbegeläut ertönt all den neuen Vereinigungen, Grenzzeitungen, und der „Ostdeutschen Morgenpost“ und den Hakatisten, die Grosses leisteten zur Unterdrückung des polnischen Volkes. Jetzt schreibt die durch die Regierungskreise so gut unterrichtete „Ostdeutsche Morgenpost“, in ihrer Nummer für Sonntag in dem Artikel „Der Weg zum Recht in Oberschlesien“ unter anderem:

„Nun heisst es, sich mit den harten Tatsachen abzufinden. Die Mehrheit in der Nationalversammlung für die Annahme des Friedensvertrages ist ziemlich erheblich, so dass auch die unterzeich-

nungswillige Montag Tatsache wird. Die Nationalversammlung wird zwar die Ratifikation nicht schon bis Montag ausgesprochen haben, aber das ist schliesslich nur eine Formalität. Uns kann auch nicht die Nachricht trösten, dass man an die Unterzeichnung doch noch Bedingungen knüpfen will, die schlimmsten Ehrenpunkte wegzulassen oder zu mildern. Die Entente wird uns wegen dieser Forderung verärgern und selbst wenn sie darauf eingehen sollte, so könnte das an den harten Tatsachen nichts ändern.

Besonders hart aber ist die Entscheidung für uns Oberschlesien. Wir kennen bereits die Bedingungen, unter denen die Volksabstimmung in Oberschlesien erfolgen soll.

(Dieselben bringen wir an andere Stelle. — Red.)

„In der oberschlesischen Frage steckt eine furchtbare Tragik. Es zeigt sich jetzt, dass Oberschlesien für Deutschland bluten muss. Bis jetzt hat Oberschlesien in Treue zum Reich gestanden und konnte im Kampfe um seine heiligsten Rechte und seine Zukunft häufig genug von allen Reichsstellen die Versicherung hören, dass man Oberschlesien niemals im Stich lassen werde. Aber in der Demokratie ist es ja so eingerichtet, dass Regierungen in jeder Stunde zu Schall und Rauch werden können und dass die Wechsel einer Regierung, die heute noch Kurswert hatte, morgen wertlos ist wie ein alter Fetzen Papier. Soweit haben wir es nun wirklich gebracht. Und nun sollten wir uns zu dem alten Wort bekennen: Hilf Dir selbst, dann ist Dir geholfen! Wir müssen in letzter Stunde mit derselben Wucht und derselben Einmütigkeit, mit der wir gegen die schändlichen Bedingungen des Friedensvertrages protestiert haben, gewaltige Kundgebungen veranstalten gegen unerhörte Bedingungen für die Volksabstimmung.

Also der Reifall mit den nutzlosen Protesten genügt noch nicht den Alldeutschen?

„Es ist uns nicht unbekannt, dass augenblicklich Bestrebungen im Gange sind, der Volksabstimmung durch einen freiwilligen Ausgleich mit den Polen vorzubeugen. Wir halten diesen Weg vom Standpunkt des Deutschtums aus nicht nur für irrig, sondern auch für gänzlich aussichtslos. Wenn wir unser Selbstbestimmungsrecht und das Recht der freien Verwaltung Oberschlesiens sichern wollen, so kann es nicht auf dem Wege einer lahmen Paktierung mit den Polen geschehen, sondern nur auf dem einzig möglichen Wege, den die Geschichte bis jetzt allen Völkern vorgeschrieben hat, die unter fremde Herrschaft gelangten. Wir müssen uns das polnische Beispiel selbst vor Augen führen. Im Polenvolke waren immer diejenigen, die mit Preussen paktieren wollten, gering an Zahl und Stimmengewicht. Die grosspolnischen Nationalitäten sind über diese Kompromisspolitiker stets zur Tagesordnung übergegangen und der Erfolg hat ihnen recht gegeben. Das neue Polen ist zwar, um die historischen Tatsachen immer wieder festzunageln, aus dem von Deutschland mit dem Schwert herbeigeführten Zusammenbruch des Zarenreiches entstanden. (So lange die drei Reiche, welche Polen geteilt im Frieden lebten, war Polen geknebelt u. gefesselt.) (D. R.) Aber wenn die Polen nicht die volle Geschlossenheit ihrer Nation herbeigeführt hätten, wenn sie nicht schon während des Krieges Ungeheures in der Arbeit der Erweckung der Geister geleistet hätten — ja wir sagen mit ehrlicher Anerkennung: **Bewunderungswürdiges!** — dann hätten sie niemals den Sieg davontragen können, dann wären sie weder uns gegenüber, noch im Rate der Entente stark genug gewesen, ihren Willen durchzusetzen.

Dieses polnische Beispiel müssen wir auf unsere Fahnen schreiben.“

Also jetzt werden die Polen ob ihrer Ausdauer gelobt und zur Nacheiferung empfohlen, während dieselben bisher dafür Spott, Hohn, Gefängnisstrafen ernten mussten, auch viele das Leben lassen mussten. Nun können die Schreier einmal an sich all die guten Sachen ausprobieren.

Zum Schluss schreibt das Hakatistenblatt: „Zunächst heisst es, mit allem Nachdruck gegen jeden Versuch zu protestieren, die Volksabstimmung zu verfälschen. Wenn die Volksabstimmung nach Recht und Gerechtigkeit vor sich geht, dann wird es sich zeigen, dass wir den Sieg erringen.“

Ohne Grenzschutz, Belagerungszustand, „Freie Vereinigung“ und sämtlicher bis jetzt angewandter Drohungen gegen die Polen, dürften jetzt nur noch die dümmsten Michels mit einem Siege für Deutschland rechnen.

## Streiflichter.

### Deutsche gegen Deutsche.

In unserer ruhigen Stadt Oppeln, hauste die Freiwilligentruppe „Eulenburg“ in unerhörter Weise. Schlägereien waren an der Tagesordnung, welche in einem Konzert am Frohnleichnamstage im hiesigen Eiskellergarten den Höhepunkt erreichten. Als die „Eulenburg“ eine ihnen missliebige Person da erblickten, prüften diese durch Signalpfeifen Hilfe herbei und es erschien 1 Offizier mit ungefähr 40 Mann. Die Gesellschaft zog blank und es brach ein allgemeiner Tumult aus, bei dem es schwere und leichte Verwundete gab. Der Offizier, statt die Mannschaften zu beruhigen, zog seinen Revolver heraus, schoss ihn ab und sagte: „Kinder lasst Euch nicht!“

Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten versammelten sich am nächsten morgen, und nahmen die Resolution an, entweder verlassen die „Eulenburg“ binnen 24 Stunden Oppeln, oder wir streiken alle. Dies half und die „Eulenburg“ verliessen, wenn auch zögernd, Oppeln. Eine oberschlesische Zeitung schrieb, es wären Reibereien zwischen Polen und den Eulenburg Truppen vorgekommen, dies ist aber vollständig aus der Luft gegriffen, denn die ganze Sache hat mit den Polen nichts zu tun.

### Eine Massregelung in Cosel O/S.

Bei den auf Befehl der 117. Inf. Div. bei einigen Familien, die als Grosspolen verdächtig sind, vorgenommenen Haussuchungen fand man u. a. bei dem Herrn Bankvorsteher Fabrowski einen Brief des Leiters des Coseler Arbeitsnachweises Herrn Sborowski des Inhalts, dass die ganzen Demonstrationen Unsinn seien, dass ein deutschsprechender Redner zu der Demonstration nötig wäre und dass versucht werden würde, der Sache den Eindruck abzugewinnen. Auf Grund dieses Briefes wurde Herr Sborowski auf Betreiben des militärischen Kreis-Kommissars, Hauptmann, Staatsanwalt in Schweidnitz, Schäffer vom Landrat ohne die vertragsgemässe Kündigung seines Amtes entlassen. Abgesehen davon, dass sich noch andere Männer und Behörden mit der Angelegenheit beschäftigen werden, sei den Schuldigen gesagt, dass sie durch Schaffung eines Märtyrertums sicher keine Stimmung für sich und keine Reklame für Deutschland machen! Im übrigen ist beweisegebend für den erneuten Aufbau der alldeutschen Ostmarkenpolitik die Tatsache, dass auch bei den Beamten des Landratsamtes Cosel O/S. die man durch Unterschrift dazu verpflichtete, an der Demonstration teilzunehmen, Haussuchungen vorgenommen wurden.

## Das Dum-Dum-Geschoss.

### Amtliches Zeugnis.

Loslau, den 22. 6. 1919.

Heute früh um 7 Uhr wurde ich nach Radlin bei Loslau zu einem schwerverletzten jungen Mann namens Wilhelm Powalla als Arzt gerufen. Nach Angabe des H. Powalla, welcher völlig bei Besinnung war, ist derselbe von einer Patrouille, bestehend aus dem Wachtmeister von Birdultau, dem Polizisten von Radlin und einem Grenzsoldaten angeschossen worden. Die Patrouille hat sich sodann entfernt und hat Powalla in schwerem verletztem Zustand auf freiem Gelände liegen lassen.

Objektiver Befund: Der Einschuss befindet sich auf dem Rücken der linken Brustseite und entspricht der Grösse einer Infanteriekugel; der Ausschuss befindet sich links vorn auf der Brust, etwa zwischen der 3. und 4. Rippe und bietet eine so grosse Oeffnung, dass man gut eine Faust hineinlegen könnte. Das Gewebe ist völlig zerfetzt. Es besteht ein offener Pneumothorax mit starkem Bluterguss in die Pleurahöhle. Nach der ganzen Art des Ausschusses handelt es sich um einen Schuss mit einem Dum-Dum-Geschoss. Am linken Unterarm ist eine Wunde, herrührend von einem Säbelhieb festzustellen.

gez. Dr. Paweletz,  
prakt. Arzt.

Für die Richtigkeit der Abschrift:

Dr. Rożanski, Rechtsanwalt.  
Rybnik, den 22. Juni 1919.

### Vergewaltigung.

Herr Grzeschitza aus Königshütte übersendet uns ein Schreiben, das wir der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten wollen. In diesem heisst es:

Mein Sohn der Ignatz Grzeschitza welcher von Ihnen den „Weissen Adler“ bezieht und hier verkauft, war am 21. 6. mit noch anderen Zeitungsverkäufern wieder an der Germaniabücke, um den „Weissen Adler“ an die Leute zu verkaufen. Plötzlich wurden dieselben von Polizeisergeanten umzingelt, um dieselben festzunehmen. Die Zeitungsverkäufer wollten natürlich ausrücken und mein Junge hatte dabei das Unglück von dem Polizeisergeanten Hampel festgenommen zu werden. Genannter Herr Hampel hatte auch nichts Billigeres zu tun als meinen Jungen gekettet wie einen grossen Verbrecher unter Begleitung einer grossen Menschenmenge nach der Wache zu bringen; dort wurden seine Personalien festgestellt und mit einer Geldstrafe in Höhe von drei Mark bestraft. Ich möchte nun die werte Redaktion anfragen, ob ich gezwungen werden kann, genannte Strafe zu entrichten, ob das Vorgehen des Polizeisergeanten richtig war? (Meiner Meinung unverschämt und flegelhaft.) Und ob der Verkauf des „Weissen Adlers“ des einzigen Blattes, welches die Wahrheit schreibt, verboten ist?

Meines Wissens besteht hier bis zum Augenblick kein Erlass, wonach der Verkauf des „Weissen Adlers“ verboten ist. Vielleicht hat der betreffende Polizeisergeant nur nach seinem eigenen Gutdünken gehandelt und sich beim Anblick des „Weissen Adlers“ so aufgeregt, gerade so, als wenn ein Stier ein rotes Tuch erblickt. Verschiedene deutsche Hakatisten- und Schmutzblätter können erscheinen, verkauft und gelesen werden, aber ein Blatt, wie der „Weisse Adler“ will man den Leuten verbieten zu lesen. Nur weil er die Wahrheit schreibt und für die Rechte der Polen eintritt. Wo ist denn die

vielgepriesene Freiheit, von welcher deutsche Zeitungen faseln. Zuletzt wird noch verboten wollen polnisch zu denken. W. „Weisse Adler“ verschwinden soll, so muss der „Schwarze Adler“ verschwinden.

Ihr polnisch denkenden Landleut' macht d. Augen und Ohren auf.

Karl Grzeschitza.

(Gegen diese Vergewaltigung und Strafe muss Protest eingelegt werden, da der Verkauf des „Weissen Adlers“ nicht verboten ist. — Die Red.)

### Briefkasten der Redaktion.

Herrn E. B. Wir danken Ihnen für die Uebersendung des Berichtes aus München und werden in der nächsten Nummer darüber schreiben.

Herrn Paweł Konietzny Benth. Wenn Sie annehmen, dass die Berichte des „Weissen Adlers“ Lügen sind, so ist es besser, Sie lesen denselben nicht, sondern nehmen sich den „Schwarzen Adler“ zur Hand mit den wahren Artikeln. Die Berichte des Herrn Rechtsanwalt Rożanski sind mit eidestattlicher Versicherung abgegeben worden, sonst hätte der Grenzschutz schon längst die betreffenden Personen verhaftet. Ihren Brief haben wir nach Rybnik gesandt u. es ist möglich, dass Ihr Wunsch, Herrn Rechtsanwalt Rożanski kennen zu lernen in Erfüllung geht, aber für Sie in unerwünschter Weise, indem Sie die Anklagebank zieren werden.

## Auf der Suche nach Waffen.

(Schluss.)

Es erscheint der Grubenarbeiter Alois Musiol aus Ober-Marklowitz Kreis Rybnik O/S. und erklärt:

Am Sonnabend, den 24. cr. gegen 4 Uhr früh, fanden sich in dem Hause meines Schwiegervaters des Häuslers Franz Kuczera in dem auch ich wohne, ungefähr 10 Grenzsoldaten, 1 Hauptmann u. 1 Leutnant ein. Der Hauptmann fragte mich, ob hier Karl Kuczera wohnt, ich antwortete darauf, dass hier nicht Karl, sondern Franz Kuczera wohne. Ich wollte zur Schicht gehen, da ich Tagschicht hatte, doch hielt mich der Hauptmann an und fragte mich, wie ich heisse. Ich antwortete „Alois Musiol“. „Das ist gut, das ist hier“, sagte der Hauptmann und erklärte mir, ich werde heute nicht mehr zur Schicht gehen. Ich blieb auch zu Hause. Der Hauptmann entfernte sich, er kam jedoch sofort wieder und fragte mich, wo ich die Waffe habe. Ich antwortete, dass ich keine Waffe besitze. Der Hauptmann schrie mich an: „Geben Sie die Waffe heraus, oder ich schiesse Sie auf der Stelle nieder!“ und zeigte mir einen Postschein über ein empfangenes Paket. Ich habe mir allerdings angesichts der grossen Unsicherheit im hiesigen Kreise zu meinem Schutze und meiner Familie einen Revolver gekauft. Wir haben ein Mastschwein und 2 Kühe in unserer Wirtschaft und haben Angst, dass Einbruchsdiebstahl versucht werden können, wie bei unserem Nachbarn Mrozik, dem unlängst eine Kuh gestohlen worden ist. Ich erwiderte dem Hauptmann, ich hätte einen Revolver, hätte ihn bereits weiter verkauft. Darauf liess der Hauptmann bei mir eine Wache aufstellen von einem Unteroffizier und einem Mann und entfernte sich. Der Leutnant und 9 Mann fingen eine Haussuchung an. Nach ungefähr einer halben Stunde kam der Hauptmann wieder zurück mit einem Kavallerierittmeister, und ungefähr 13 berittenen Grenzsoldaten. Der Rittmeister äusserte sofort: „Wartet Jungens, in 10 Minuten ist die Waffe heraus!“ und liess mich in den Flur führen. Aus dem Flur führten mich 4 Soldaten in die Stube meiner Schwiegermutter. Der Hauptmann und der Rittmeister kamen mit. Der Hauptmann sagte dem Rittmeister den Sachverhalt und erklärte ihm, ich hätte die Waffe, ich solle noch 5 Minuten Bedenkzeit bekommen, daraufhin ein Testament oder sonst etwas machen und erschossen werden. Daraufhin ging er weg. Nach seinem Weggang befahl der Rittmeister den Soldaten, die Gewehre zu laden und zog selber einen Revolver heraus, den er vor meinen Augen lud. Er erklärte mir dabei: „Ich klebe Dir selbst eine runter!“ Als ich sah, dass ich tatsächlich in Lebensgefahr war, erklärte ich mich bereit, die Waffe herauszugeben. Als ich das erklärte, ergriffen mich 5 Soldaten und schleppten mich aus der Stube, über den Flur in die Küche, wo sich die Waffe befand. Dort sagte ich meiner Schwägerin, sie solle den Revolver herausgeben. Dies geschah auch. Nun drohten mir alle Soldaten, ich werde erschossen werden. Meine Frau, meine Schwiegermutter, meine 4 Schwägerinnen und mein Schwiegervater wollten mich nicht loslassen, die Soldaten entriessen mich jedoch gewaltsam, wobei meiner Frau die Jacke in Stücke zerrissen wurde, und meine alte Schwiegermutter so in den Leib gestossen wurde, dass sie vor heftigen Magenschmerzen 2 Tage lang beinahe nichts zu sich nehmen konnte. Daraufhin wurde ich von den Soldaten durch den Flur wieder in die Stube zurückgeführt, vielmehr geschleppt, wobei ich so reichlich mit Fuss-

### Gebildetes polnisches Fräulein,

24 J. alt, vornehme Erscheinung, mit Kenntnissen der Kolonialwarenbranche, leider aber im Schriftlichen in Polnisch noch nicht vorgeschritten, sucht, um später eine polnische Buchhandlung eröffnen zu können, eine Stellung, in der es den Buchhandel anlernen könnte. Als Entschädigung wird freie Station erwünscht. Offerten an den „Weissen Adler“ unter F. 24.

tritten traktiert worden bin, dass mein Anzug über und über mit Fusspuren bedeckt war. Meine Angehörigen und meine Frau wurden von zwei bewaffneten Soldaten in der Küche zurückgehalten. Vor der Stube, in welche ich geschleppt worden bin, standen ebenfalls 2 Soldaten. In der Stube gab mir der Rittmeister 2 Backpfeifen, sodass ich taumelte und beinahe hingefallen wäre. Ich rief meine Frau, sie sollte zu mir kommen, sie wurde jedoch nicht herausgelassen. Nun kamen der Hauptmann und der Oberwachtmeister Jagdhuhn aus Loslau. Sie erklärten mir, mir werde das Leben geschenkt werden, ich müsse jedoch sagen, wer ausser mir noch Waffen hätte. Ich erklärte, dass ich nichts weiss. Sie fragten mich dann wo Ogasa wohnt und gingen zu ihm hin. Ich wurde unter Bewachung gelassen und nach ungefähr ¼ Stunde, es war inzwischen 8 Uhr früh geworden, zusammen mit meinem Schwager Karl Kuczera auf den Wagen genommen und nach Loslau auf die Wachtstube geschafft. Auf dem Wagen fragte mich der Rittmeister lachend, ob mir die Ohrfeigen noch weh tun. In Loslau sassen wir den ganzen Sonnabend auf der Wachtstube ohne Essen. Es hat sich überhaupt kein Mensch um uns gekümmert. Karl Kuczera wurde am Sonnabend um 6 Uhr abends wieder nach Hause entlassen. Ich wurde um 10 Uhr nach Ratibor transportiert. In Ratibor wurde ich auf die Polizei geschafft, nachdem die Grenzsoldaten bereits mit mir auf der Wache gewesen waren und dort kein Platz war. Um 11 in der Nacht bin ich auf der Polizei angelangt. Da wurde ein Protokoll aufgenommen und ich wurde in ein Zimmer gesperrt. Dort sass ich von Sonnabend Nacht bis Montag 10 Uhr früh. Am Montag mittag wurde ich von dem Untersuchungsrichter am Landgericht vernommen. Ich erklärte, dass ich bereits vor zwei Wochen mit Karl Oslisick über die Unsicherheit und die Räubereien im Kreise gesprochen habe und dass mir Oslisick erklärt hat, er hätte die Adresse einer Fabrik, wo man Waffen kaufen kann. Ich nahm dann die Adresse und bestellte mir einen Revolver zu meinem eigenen Schutz und zum Schutz meiner Angehörigen. Daraufhin wurde ich von dem Untersuchungsrichter entlassen.

Bemerken will ich noch, dass nach der Haus-suchung meiner Schwiegermutter 70 Mark aus einem kleinen Schränkchen verschwunden sind.

Meine obigen Angaben gebe ich an Eidesstatt ab.

Rybnik, den 28. Mai 1919.

gez. Alois Musiol.

## Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik.

I.

Von Hellmut v. Gerlach.

Der Bund Neues Vaterland zu Berlin übersendet den Mitgliedern der Nationalversammlung zu Weimar und der Preussischen Landesversammlung zu Berlin, ausserdem einer Reihe von Personen des öffentlichen Lebens und Redaktionen in der Anlage eine soeben erschienene Flugschrift des früheren Unterstaatssekretärs im Preussischen Ministeriums des Innern Hellmut von Gerlach „Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik“.

Die Broschüre stellt den Wortlaut eines Vortrages dar, den Herr von Gerlach Ende März und Anfang April d. Js. zweimal in Berlin vor überfüllten Versammlungen des Bundes Neues Vaterland hielt. In den Versammlungen sprach man sich nach mehreren Berichten von Soldaten der Ostfront und von lang eingesessenen Deutschen aus der Ostmark und aus Lodz gegen die den Polen gegenüber eingeschlagene Gewaltpolitik aufs schärfste aus und forderte eine Verständigung mit den Polen. Ausserdem wurde die Versammlung Ausgangspunkt zur Bildung einer deutsch-polnischen Verständigungsgruppe des Bundes Neues Vaterland, die zwar vorläufig von einer offiziellen Konstitution Abstand genommen hat, bis sich die politische Lage mehr geklärt hat, die aber in drei Sitzungen Vorarbeit geleistet hat, indem sie rein charitative Zwecke förderte, insbesondere den Geiselnustausch und die Versorgung der Gefangenen beider Nationen mit Lebensmitteln und Kleidung. Auch erfolgte die Reise eines Teilnehmers dieser Verständigungsgruppe nach Posen, über deren Ergebnis in einer Sitzung, zusammen mit einem Vertreter des Preussischen Kriegsministeriums, verhandelt wurde.

Die Versendung der Gerlach'schen Broschüre erfolgt, weil der Bund Neues Vaterland beobachtet hat, dass durch den überwiegenden Teil der deutschen Presse eine gänzlich einseitige Berichterstattung über die Vorgänge im Osten erfolgt. Der Bund hält es für seine Pflicht, alles zu tun, um durch Aufklärung über den wahren Sachverhalt der **Möglichkeit neuer kriegerischer Entzündungen an der Ostgrenze vorzubeugen** und Vorarbeit zu leisten für die Anbahnung vernünftiger Beziehungen zu unseren künftigen Nachbarn im Osten.

**Bund Neues Vaterland**

gez. Dr. Graf Georg von Arco.

Wenn man über den Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik sprechen will, würde es verkehrt sein, nur auf die Ereignisse nach der Revolution einzugehen. Die sind zum grossen Teil gar nicht verständlich, wenn man nicht die Vorgeschichte der deutsch-polnischen Beziehungen kurz vor seinem Auge vorübergleiten lässt; und ich darf wohl voraussetzen, dass die meisten Deutschen darüber nicht

sehr gründlich unterrichtet sind oder, wenn sie es sind, dann ausschliesslich aus deutschen Quellen, nicht aus polnischen. Man wird aber zugeben müssen, dass es immer ein einseitiges Bild gibt, wenn man nur den Ankläger, nur die eine Partei hört, aber nicht die andere, den Angeklagten.

Das, was wir jetzt erlebt haben, was ich den Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik genannt habe, hat seine tiefste Wurzel in Ereignissen, die schon 150 Jahre zurückliegen, nämlich in den drei Teilungen Polens, die 1772 begannen. Die Grundlage der deutsch-polnischen Beziehungen ist ein Gewaltakt, der von drei Grossmächten Polen gegenüber vorgenommen wurde. Es ist uns in der Geschichtsstunde beigebracht worden, dass Polen deswegen aufgeteilt wurde, weil es sich unfähig erwiesen habe, eine staatliche Existenz zu führen. Nun ist richtig, dass in den Zeiten des 17. und 18. Jahrhunderts es in Polen manchmal etwas wüst zugegangen ist. Dies Schicksal hat Polen damals mit vielen anderen Ländern Europas geteilt, die nicht aufgeteilt worden sind. Die Polen hatten — darin unterscheiden sie sich von den anderen Staaten des europäischen Kontinents — eine verhältnismässig freiheitliche Verfassung, jedenfalls eine Verfassung, im Gegensatz zu allen anderen Ländern des Kontinents, die keine hatten, sondern die lediglich von absoluten Herrschern regiert wurden. England hatte seine alte Verfassung, und Polen die seine. Es war eine Republik mit einem König an der Spitze, keine Erb-, sondern eine Wahlmonarchie. Wenn der König tot war, musste ein neuer gewählt werden, dem man seine Bedingungen stellen konnte. Polen hatte einen Reichstag, und dieser hatte sogar ein Recht, das zum grossen Teil schuld war an den Uebelständen in Polen, nämlich das sogenannte liberum veto, das freie Einspruchsrecht: wenn eine Minderheit, auf dem Papier sogar eine einzige Persönlichkeit, auf dem Reichstag Widerspruch erhob, konnte ein Beschluss nicht zustande kommen. Man kann sich denken, wie diese Verfassungsbestimmung übelwollenden Nachbarn Gelegenheit gab, durch Bestechung einzelner Abgeordneter die ganze polnische Staatsmaschine zum Stillstand zu bringen. Es waren daher schon lange Bestrebungen im Gange, dieses liberum veto abzuschaffen und eine Verfassung mit strafferer politischer Gestaltung einzuführen. Als das die Nachbarn merkten, vereinbarten sich Russland und Preussen 1719 und erklärten sich zu Schutzmächten für die Erhaltung der bisherigen polnischen Verfassung — natürlich nicht aus Liebe zu Polen, sondern um Polen möglichst in seiner Ohnmacht zu erhalten. Es haben dann die polnischen Bestrebungen, die Verfassung zu verbessern, weiter angedauert, aber diese Bestrebungen sind hinten an gehalten worden von den drei Mächten, die später die Teilung vornahmen. Die historische Gerechtigkeit gebietet, zu sagen, dass Russland bei der Unterdrückung Polens der Führer war; Preussen war leider ein recht gelehriger Schüler, und die Oesterreicher — machten mit. Die drei Mächte vereinigten sich, als Ende der sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts die Polen einen abermaligen Versuch machten, sich eine bessere Verfassung zu geben, im Jahre 1772 dazu, Polen zu teilen.

Diese erste Teilung Polens überlieferte jeder der drei Mächte ein gutes Stück davon. Sie führte aber auch eine starke nationale Bewegung bei den Polen herbei, die nun sahen, wohin es kam, wenn sie sich selbst zur Ohnmacht verurteilten, wie ihr Land dabei zerfetzt wurde. Eine politische Renaissance bahnte sich an. Die Nachbarn nahmen in verschiedener Weise dazu Stellung. Preussen, das damals von Friedrich Wilhelm II. regiert wurde, schloss 1790 mit Polen einen feierlichen Vertrag, einen Bündnis-Vertrag, worin sich beide verpflichteten, „einander gegen jeden Angreifer bewaffnete Hilfe zu leisten“. Im Jahre 1791 proklamierten die Polen eine sehr verständige Verfassung mit der Aufhebung des liberum veto, mit der Verleihung von Rechten an das Bürgertum, und der Befreiung der Bauern, mit einer Toleranz-Erklärung für die verschiedenen religiösen Gemeinschaften usw. Als Preussen von dieser neuen Verfassung Kenntnis bekam, kriegte der König einen furchtbaren Schrecken. Er führte die polnische Verfassung auf jakobinische Einflüsse aus der Französischen Revolution zurück und verbündete sich mit Russland, um nun Polens Unabhängigkeit den Garaus zu machen. Also 1790 Bündnis von Preussen und Polen; 1791 fortschrittliche Verfassung in Polen; 1793 zweite Teilung Polens! Es war ein glatter Wortbruch des preussischen Königs. Auch an ihn dachte Scheidemann, als er einst in einer Reichstagsrede, die so ungeheure Entrüstung hervorrief, erklärte, dass „der Wortbruch zu den erhabensten Traditionen des preussischen Königshauses gehöre“. Bei dieser nur durch die Treulosigkeit Preussens ermöglichten zweiten Teilung Polens kamen übrigens Danzig und Thorn zu Preussen.

Man kann sich denken, wie das auf die Polen wirken musste, als Preussen ihnen in den Rücken fiel und unter schnöder Zerreissung des eben geschlossenen Bündnis-Vertrages das Land weiter verstümmeln half. Die Polen erheben sich, der Aufstand wird niedergeschlagen, und 1795 findet die dritte Teilung Polens statt, mit der die Staatlichkeit Polens ihr Ende nahm. Finis Poloniae!

Polen ist also nicht geteilt worden, weil es unfähig war, sein Staatswesen selbst in Ordnung zu

erhalten, sondern weil es drei mächtige Nachbarn hatte, die nach dem Grundsatz handelten: ich bin gross und du bist klein. Gewaltakte haben den Grund gelegt zu den preussisch-polnischen, später deutsch-polnischen Beziehungen. Es ist erklärlich, dass im polnischen Volke ein tiefer, tiefer Groll lebte gegen die Mächte, die ihm sein staatliches Dasein gekostet haben.

Zu Napoleons Zeit hofften die Polen auf den Wiedergewinn ihrer Selbständigkeit; seine Niederlage vereitelte diese Hoffnung. Der Wiener Friede von 1815 teilte Polen wieder in drei Teile, aber immerhin wurden für die Polen, da sie als Nation anerkannt waren, bestimmte Sicherungen geschaffen. Es wurde den Polen „der Gebrauch ihrer Muttersprache im öffentlichen Leben neben der deutschen garantiert“, und Friedrich Wilhelm III. erliess an seine polnischen Untertanen am 15. Mai 1815 ein Patent, in dem er erklärte:

„Eure Sprache wird bei allen öffentlichen Funktionen angewendet werden, und jeder von euch wird nach Massgabe seiner Fähigkeiten zu allen öffentlichen Aemtern Zutritt haben.“

Mehr kann man eigentlich nicht verlangen. Wir werden später sehen, was aus diesem zweiten Hohenzollern-Versprechen geworden ist.

Verlag des „Weissen Adlers“. Druck der „Gazeta Opolska“. Verantwortlicher Redakteur i. V.: J. Wleczorek.

Verkaufe billig **kleines Landhäuschen** mit kleinem Obst- und Gemüsegarten.

**Maushagen**, in Peschkenstein, Post Friedenthal Gismannsdorf b. Netze.

## Bad Landeck in Schl.

### Villa „Georgen-Höh“

in der Nähe des Kurhauses und Waldes, die beste und gesündeste Lage empfiehlt

**sonnige heizbare Zimmer mit ganzer guter Pension.**

Die Besitzerin.

**Eigene Landwirtschaft!**

## Lehrbücher der polnischen Sprache und Wörterbücher

haben wir in grosser Auswahl am Lager. Ebenso empfehlen wir

**für die Schulen**

**Elementarbücher, Bibl. Geschichten, Katechismen in deutscher u. poln. Sprache.**

Grosse Auswahl aller

**Schreibmaterialien, Bücher, Bilder, künstlicher Blumen u. s. w.**

**„Gazeta Opolska“ Oppeln**

Telefon 791. Postscheckkonto Presl. u. 8543.

## Polnische Nationallieder

(in polnischer Sprache)

14 Stück der populärsten Lieder sind in einer Broschüre

**neu erschienen.**

**Preis 20 Pfg.**

**Buchhandlung der „Gaz. Opolska“**

Oppeln, Oderstr. 6, Tel. 791.

## Bestellschein.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit bei dem Postamt für die Monate Juli, August und September 1919 die in Oppeln erscheinende Zeitung

**„Der Weisse Adler“**

für 1,50 M., mit Abtrag 1,62 M.

Herr

## Quittung.

Obige ..... Mark ..... Pf. erhalten zu haben, bescheinigt

....., den ..... 1919.

Postamt.....